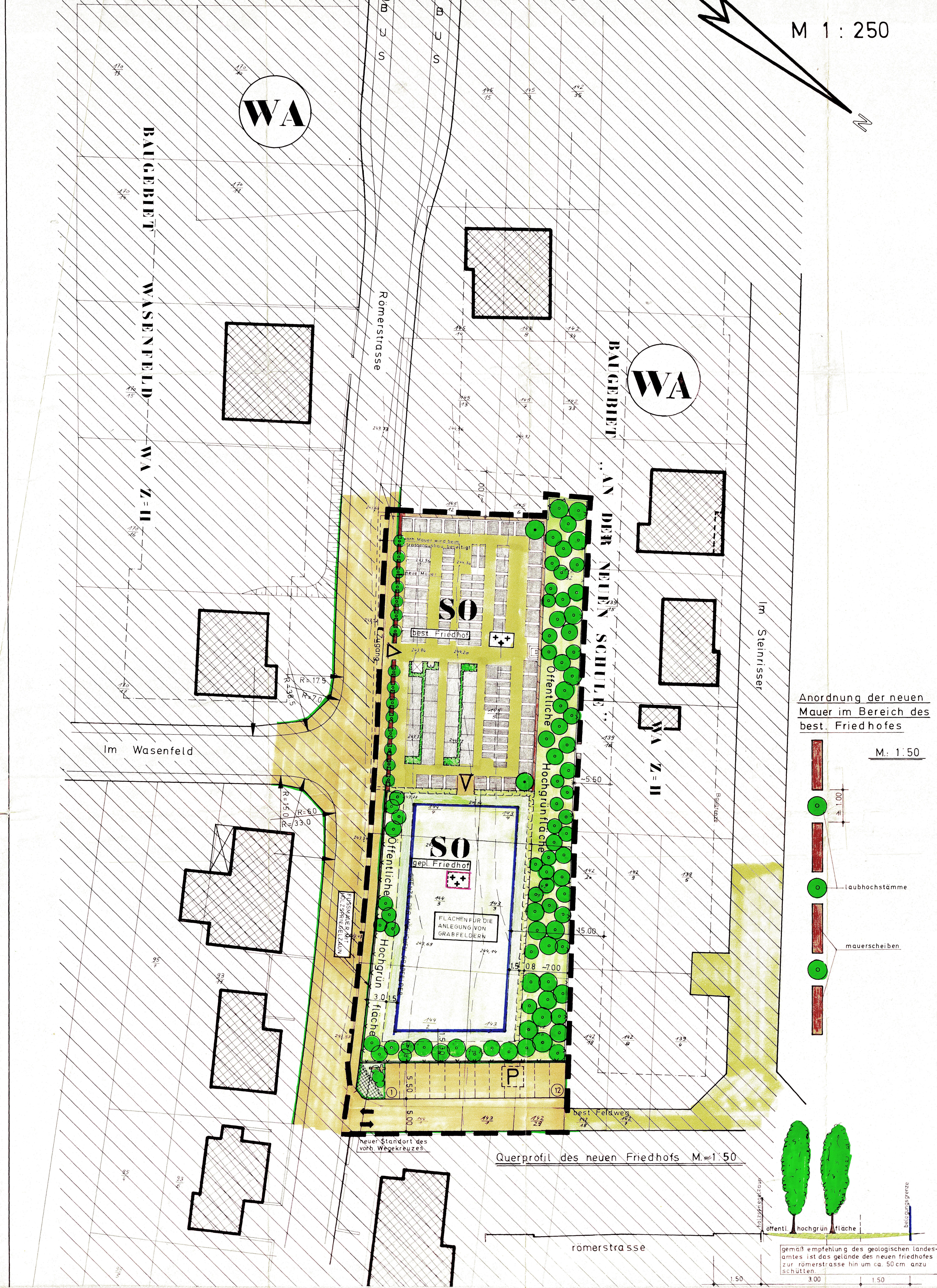


M 1:250



BEBAUUNGSPLAN (SATZUNG)

Friedhof- Erweiterung

Benennung des Bebauungsplanes

Rehlingen Gemeindebezirk Eimersdorf
der Gemeinde

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 18. August 1976 (Bundesgesetzblatt I S. 2284), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Vereinfachung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben, im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979 (Bundesgesetzblatt I S. 949), gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes, wurde in der Sitzung des Gemeinderates REHLINGEN am 20.06.1982 beschlossen.

Die Ortsübliche Bekanntmachung über den Beschluss des Gemeinderates, zur Aufstellung des Bebauungsplanes, gemäß § 2 Abs. 1 BBauG, erfolgte am 07.07.1982. Die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung gemäß § 2 Abs. 2 BBauG erfolgte am 16.11.1982 durchzuführen. Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes erfolgte auf Antrag der Gemeinde REHLINGEN durch die Kreisplanungsstelle Saarlouis.

FESTSETZUNGEN GEMÄSS § 9 Abs. 1 und 7 DES BUNDESBAUGESETZES

1. Geltungsbereich des Bebauungsplanes	siehe Zeichnung
2. Baugebiet	SO - Gebiet für Friedhof gemäß § 11 BauNVO
2.1. zulässige Anlagen	Friedhofsanlagen mit Folgebegräbnissen, Wasserzäpfstellen, Abfallanlagen
2.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen	entfällt
3. Maß der baulichen Nutzung	entfällt
3.1. Zahl der Vollgeschosse	entfällt
3.2. Grundflächenzahl	entfällt
3.3. Geschossflächenzahl	entfällt
3.4. Baumassenzahl	entfällt
3.5. Grundflächen der baulichen Anlagen	entfällt
4. Bauweise	entfällt
5. überbaubare Grundstücksflächen	siehe Zeichnung, Belegungsplan
6. nicht überbaubare Grundstücksflächen	siehe Zeichnung
7. Stellung der baulichen Anlagen	entfällt
8. Mindestgröße der Baugrundstücke	entfällt
9. Mindestbreite der Baugrundstücke	entfällt
10. Mindesttiefe der Baugrundstücke	entfällt
11. Flächen für Nebenanlagen, die aufgrund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforderlich sind	entfällt
11.1. Spiel-, Freizeit- und Erholungsflächen	entfällt
11.2. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	entfällt
11.3. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	entfällt
12. Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK, Straßenkante, Mitte Haus bis OK, Erdgeschossfußboden)	entfällt
13. Flächen für den Gemeinbedarf	entfällt
14. Überwiegend für die Bebauung mit Familien - kleinen, vergessenen Flächen	entfällt
15. Flächen auf denen ganz oder teilweise, nur Wohngebäude, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden können, errichtet werden	entfällt
16. Flächen auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind	entfällt
17. den besonderen Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städtebauliche Gründe erforderlich wird	entfällt
18. Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, und ihre Nutzung	entfällt
19. Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, wie Fußgängerbereiche, Flächen für das Parkieren von Fahrzeugen, sowie den Anschluß anderer Flächen an die Verkehrsflächen	entfällt
20. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	entfällt
21. Versorgungsflächen	entfällt
22. Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen	entfällt
23. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen, sowie für Ablagerungen	entfällt
24. öffentliche und private Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe	entfällt
25. Wasserflächen sowie die Flächen für die Wasserwirtschaft, für Hochwasserschutzanlagen und für die Regelung des Wasserabflusses, soweit diese Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können	entfällt
26. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	entfällt
27. Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft	entfällt
28. Flächen für die Errichtung von Anlagen für die Kleintierhaltung, wie Ausstellungen- und Zuchtanlagen, Zwinger, Koppeln und dergleichen	entfällt
29. Maßnahmen zum Schutz vor Pflege und Entwicklung der Landschaft, soweit solche Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können	entfällt
30. Mit Geh- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastenden Flächen	entfällt
31. Flächen für Gemeinschaftsanlagen für bestimmte räumliche Bereiche wie Kinderspielflächen, Freizeitanlagen, Spielplätze und Garagen	entfällt
32. Gebiete, in denen bestimmte, die Luft erheblich verunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen	entfällt
33. Die von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung, die Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen, zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes, sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden Vorkehrungen	entfällt
34. Für einzelne Flächen oder für ein Bebauungsplangebiet oder Teile davon mit Ausnahme der für land- oder forstwirtschaftliche Nutzungen festgesetzten Flächen	entfällt
a) das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	entfällt
b) Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gräsern	entfällt
35. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Schutzmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind	entfällt

AUFNAHME VON

FESTSETZUNGEN ÜBER DIE ÄUSSERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN AUF GRUND DES § 9 ABS. 4 DES BUNDESBAUGESETZES ZULETZT GEÄNDERT DURCH DAS GESETZ ZUR BESCHLEUNIGUNG VON VERFAHREN UND ZUR ERLEICHTERUNG VON INVESTITIONSVORHABEN IM STÄDTEBAURECHT VOM 6. JULI 1979 (BUNDESGESETZBLATT I S. 949) SOWIE IN VERBINDUNG MIT § 113 ABS. 6 DER LANDESBAUORDNUNG - LBO - VOM 27. DEZEMBER 1974 (AMTSBLATT 1975 S. 85)

AUFNAHME VON
FESTSETZUNGEN ÜBER DEN SCHUTZ UND DIE ERHALTUNG VON BAU- UND NATURDENKMÄLERN AUF GRUND DES § 9 ABS. 4 DES BUNDESBAUGESETZES ZULETZT GEÄNDERT DURCH DAS GESETZ ZUR BESCHLEUNIGUNG VON VERFAHREN UND ZUR ERLEICHTERUNG VON INVESTITIONSVORHABEN IM STÄDTEBAURECHT VOM 6. JULI 1979 (BUNDESGESETZBLATT I S. 949) SOWIE IN VERBINDUNG MIT § 113 ABS. 2 DER LANDESBAUORDNUNG - LBO - VOM 27. DEZEMBER 1974 (AMTSBLATT 1975 S. 85)

KENNZEICHNUNG VON FLÄCHEN GEMÄSS § 9 Abs. 5 BBauG

1. Flächen, bei denen besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind	entfällt
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalt erforderlich sind	entfällt
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	entfällt

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME VON FESTSETZUNGEN GEMÄSS § 9 ABS. 6 BBauG, ZULETZT GEÄNDERT DURCH DAS GESETZ ZUR BESCHLEUNIGUNG VON VERFAHREN UND ZUR ERLEICHTERUNG VON INVESTITIONSVORHABEN IM STÄDTEBAURECHT VOM 6. JULI 1979 (BUNDESGESETZBLATT I S. 949)

gemäß Empfehlung des geologischen Landesamtes sollte in anbeacht des steinigen untergrundes im unteren teil des friedhofes entlang der romerstrasse sowie zur egalisierung des geländes eine gelände-aufschüttung von ca. 50 cm vorgenommen werden.

PLANZEICHEN

(PLANZEICHENVERORDNUNG 1961 - PLANZ V 81)
VOM 30. JULI 1961

■ ■ ■	Geltungsbereich des Bebauungsplanes (Friedhofsanlage)
SO	Sondergebiet-Friedhof gemäß § 11 BauNVO
+	best. Friedhof
+	gepl. Friedhof (Erweiterung)
—	Grenze der möglichen Belegung der Grabfelder
■	nicht belegbare Grundstücksfläche
—	best. Einfriedigungsmauer
—	gepl. Einfriedigungsmauer MIT ANPFLANZUNG VON LAUBHOCHSTÄMMEN
—	vord. Mauer wird beim Strassenausbau beseitigt
—	gepl. Einfriedigungshecke
—	vord. Einfriedigungshecke
+	Wasserentnahmestelle
×	Behälter für Abfälle
■	vord. Grabfelder
■	Flächen für die Anlage von Grabfeldern
■	best. Gebäude
△	Zugang zum Friedhof
●	best. Bäume
●	öffentl. Hochgrünfläche (Laubhochstämme)
—	best. Feldweg
—	Höhenschichtlinie
—	gepl. Einfriedigung, Holzspriegelzaun
—	best. Strasse
—	gepl. Strassen-Erweiterung
—	Strassenbegrenzungslinie
+	neuer Standort des vord. Wegekreuzes
P	gepl. Parkfläche mit Zu- und Abfahrt
—	Sichtfelder

Sichtfelder sind von jeder sichtbehindernden Bepflanzung und Nutzung freizuhalten. Sträucher, Hecken und Einfriedigungen dürfen eine Höhe von 0,60 m über Fahrbahn nicht überschreiten.

Dieser Bebauungsplanentwurf hat mit der Begründung gemäß § 2 Abs. 6 BBauG für die Dauer eines Monats in der Zeit vom 16.05.1982 bis einschließlich 16.06.1982 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 06.05.1982 mit dem Hinweis öffentlich bekanntgemacht, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

Rehlingen, den 16.10.1982

Der Gemeinderat von Rehlingen
gemäß § 12 BBauG als Satzung

Der Gemeinderat von Rehlingen
gemäß § 12 BBauG als Satzung

BESCHLOSSEN

Rehlingen, den 16.10.1982

Der Gemeinderat von Rehlingen
gemäß § 12 BBauG als Satzung

Dieser Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG

GENEHMIGT

Saarlouis, den 13.12.1982

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen
SAARLAND
Der Minister
Umwelt, Raumordnung und Bauwesen
13.12.1982
Dipl.-Ing. Dr. G. K.

Die Genehmigungserlaubnis des Herrn Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen vom 13.12.1982 ist am 23.12.1982 gemäß § 12 BBauG öffentlich bekanntgemacht worden; mit dem Hinweis auf Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes und der Begründung mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan

RECHTSVERBINDLICH

Rehlingen, den 03.01.1984
Der Gemeinderat von Rehlingen
gemäß § 12 BBauG als Satzung

DER LANDBAU DES LANDESKREIS SAARLOUIS
KREISBAUAMT - PLANUNGSSTELLE
GEMEINDE: Rehlingen
O.T. Eimersdorf
Friedhof - Erweiterung

Maßstab: 1:250
Datum: 3.5.1983
Gezeichnet: J. K.

Gezeichnet: J. K.

Gezeichnet: J. K.

Gezeichnet: J. K.

Gezeichnet: J. K.

Gezeichnet: J. K.